



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 11. Mai 2022

Vorlagen-Nr. 22-J-42-0002

Arbeitskleidung in städtischen Kindertagesstätten

- Antrag des Jugendparlaments vom 16.02.2022 -

- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 16.03.2022 (BP 0025) -

In ganz Deutschland fehlen mehr als 230.000 Erzieherinnen und Erzieher. In Hessen fehlen mehr als 8.000 Erzieher. Attraktive Arbeitsbedingungen für Jugendliche und angehende Erzieher sind unabdingbar um dem Erzieher*innenmangel entgegenzuwirken.

Wanderschuhe, Hausschuhe, Gummistiefel, Regenhosen, Jeans, Shirts, Pullover und Jacken. All diese Dinge werden benötigt, um ausreichende pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten zu gewährleisten. Leider bietet die Landeshauptstadt Wiesbaden weder Arbeitskleidung noch Waschmöglichkeiten für private Kleidung an, die während der Arbeit verschmutzt wird. Erzieher sind auf Ausflügen, beim Wickeln, beim Kochen und beim Essen verschiedenen Substanzen ausgesetzt, die Kleidung verschmutzen kann.

Eine Versorgung mit Arbeitskleidung ist im Beruf des Erziehers folglich unüblich. Private Kleidung ist hier bereits der Standard.

Währenddessen andere z. B. Pflegeberufe, Arbeitskleidung erhalten, um vor Verschmutzung, Bakterien und Beschädigungen, geschützt zu werden, ist dies im Bereich der Erzieher:innen nicht vorhanden.

Arbeitssicherheit ist ebenso ein wichtiges Thema: Hausschuhe oder Arbeitsschuhe sind in den meisten Fällen für Mitarbeitende Pflicht. Rutschfeste und geschlossene Hausschuhe müssen somit selbst beschafft werden, weshalb bei vielen Kolleg:innen, zu klassischen offenen Pantoffeln oder Badeschlappen zurückgegriffen wird. Arbeitsunfälle könnten so vermieden werden.

Das Jugendparlament möge beschließen,

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen,

1. der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zu berichten, wie viele Arbeitsunfälle es in den Jahren 2018-2020 aufgrund von fehlender oder unzureichender Dienstkleidung gegeben hat.
2. Wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob für die Mitarbeitenden der städtischen Kindertagesstätten entsprechende Mittel dezentral für jede Kindertagesstätte zu Verfügung zu stellen sind, sodass hieraus entsprechende Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss Nr. 0011 des Jugendparlaments vom 23.02.2022

Der Antrag von Adrian Kämpfer vom 16.02.2022 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen,

I. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

1. zu berichten, wie viele Arbeitsunfälle es in den Jahren 2018-2020 aufgrund von fehlender oder unzureichender *beruflicher Kleidung, die nicht in Form von Jeans, Hoodies (Pullovern) und T-Shirts, die für einen kindgerechten Einsatz komfortabel sind, gegeben hat und inwieweit diese zur Verfügung gestellt worden sind.*
2. zu prüfen, ob für die Mitarbeitenden der städtischen Kindertagesstätten entsprechende Mittel dezentral für jede Kindertagesstätte zu Verfügung zu stellen sind, sodass hieraus entsprechender Anspruch auf solche Arbeitsmittel bestehen könnte.

II. Sofern eine berufliche Kleidung nicht beschafft werden kann, wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob ein Kleidungsbudget geschaffen werden kann, welches den Erzieher/-innen die Möglichkeit gibt, Rechnungen für eine entsprechende Kleidung einzureichen, die für den beruflichen Einsatz geeignet sind.

(Hinweis: Durch den Beschluss des Jugendparlaments Nr. 0015 am 01.03.2022 formal bestätigt.)

Beschluss Nr. 0025 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie vom 16.03.2022

Der Antrag des Jugendparlaments vom 16.02.2022 wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 11.05.2022 verschoben.

Beschluss Nr. 0044 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie vom 11.05.2022

Der Antrag des Jugendparlaments vom 16.02.2022 wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2022

Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2022

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister